



AFRIKA/SÜDSUDAN - "Es besteht die Gefahr, dass sich die Unruhen auf andere Regionen ausdehnen"

Juba (Fidesdienst) – "Das Fehlen von demokratischen Verhaltensweisen gegenüber der politischen Opposition, insbesondere seit dem Juli dieses Jahres, führte dazu, dass eine bewaffnete Opposition versucht hat, einen Putsch herbeizuführen", so ein Beobachter aus kirchlichen Kreisen im Südsudan zum Fidesdienst wenige Tage nach einem versuchten Staatsstreich, bei dem in Juba mindestens 500 Menschen starben.

"Der Putschversuch in Juba ist gescheitert, doch die Organisatoren konnten aus der Hauptstadt fliehen. Nun besteht die Gefahr, dass diese Religionsführer, die auch Einfluss auf das Militär ausüben, in anderen Regionen, vor allem in der eigenen Heimat, einen Aufstand versuchen. Leider ist die Stammeszugehörigkeit immer noch von großer Bedeutung. Eine tatsächliche Gefahr besteht vor allem in der Region Upper Nile", so der Beobachter.

"Wie aus den Informationen hervorgeht, die uns hier in Bor, der Hauptstadt des Staates Jonglei, zur Verfügung stehen, gibt es hier bereits Unruhen" so der Beobachter weiter.

"Damit man die komplexe Dynamik der Situation versteht, muss man wissen, dass der heutige Präsident Salva Kiir ein Dinka ist und aus der Region Bar al-Ghazal stammt, während John Garang, (der historische südsudanesischen Anführer, der die Grundlagen für die Unabhängigkeit vom Sudan gelegt hatte und 2005 bei einem Hubschrauberunfall starb, Anm.d.Red.) ebenfalls ein Dinka war, aber aus Bor stammte, wo es nun zu Ausschreitungen kommt", so der Beobachter weiter. "Die Dinka in Jonglei haben Kiir nie wirklich als Präsidenten akzeptiert. Riek Machar, der Vizepräsident, der im Juli entlassen wurde, ist hingegen ein Nuer, der zweite große Volksstamm im Südsudan. Und es soll Machar gewesen sein, der den Putschversuch organisiert hat, und zwar mit Hilfe kleinerer Stämme oder sogar einem Teil der Dinka, zu denen John Garang gehört".

"Leider scheint das Wohl des Landes vor diesem Hintergrund nicht an erster Stelle zu stehen. Wir hoffen und beten, dass alle, die politische und militärische Verantwortung in diesem Land tragen, für das Wohl des Landes arbeiten und wenn nötig, die persönlichen Bestrebungen beiseite lassen", so der Beobachter abschließend. (L.M.) (Fidesdienst 18/12/2013)